

Sachdokumentation:

Signatur: DS 4380

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/4380



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Medienkonferenz
Überparteiliches Komitee NEIN zum Mindestlohn
Städtische Abstimmung vom 18. Juni 2023



Medienmitteilung (*Sperrfrist 8. Mai 2023, 10:00 Uhr*)

Ein staatliches Lohndiktat vertreibt Arbeitsplätze aus der Stadt Zürich – Nein zum Mindestlohn!

Die Stadt will den weltweit höchsten Mindestlohn pro Stunde einführen. Die Parteien von GLP, Die Mitte, FDP und SVP lehnen die Einführung eines Mindestlohns für die Stadt entschieden ab. Abgestimmt wird am 18. Juni. Ebenfalls für ein «NEIN» votiert die Wirtschaft. Gewerbeverband, Branchenverbände, Arbeitgeberverband und Handelskammer warnen vor der Zerstörung der Sozialpartnerschaft.

- **Ein staatliches Lohndiktat vertreibt Arbeitsplätze und Gewerbe aus der Stadt. Die Arbeitsplätze wandern in die Agglomeration ab. Zudem wird in der Stadt wird das Leben teurer. Die Preise für alle steigen.**
- **Abgesehen von den negativen Auswirkungen verfehlt der staatliche Mindestlohn in der Stadt Zürich sein eigentliches Ziel. Der Mindestlohn ist für die Armutsbekämpfung gänzlich ungeeignet. Nur rund sieben Prozent der Armutsbetroffenen würden von einem staatlich diktierten Mindestlohn profitieren. Alle anderen gingen leer aus. Zur Bekämpfung der Armut gibt es wirksamer Mittel als den Mindestlohn.**

Im Mai 2014 schmetterte die Schweizer Stimmberechtigten mit 76,3 Prozent der Stimmen einen nationalen Mindestlohn ab. Alle Stände sagten «Nein». Das klare Verdikt zeigte sich auch im Kanton Zürich und auch die Stadt sagte klar Nein. Schweizweit herrschte ein breiter Konsens. Ein staatlicher Mindestlohn zerstört Arbeitsplätze und gefährdet die Sozialpartnerschaft. Nun übt sich die Stadt Zürich in Salamtaktik. Sie will den höchsten Mindestlohn der Welt einführen. Sie macht damit alles nur noch schlimmer. Denn ein städtisches Lohndiktat vertreibt Arbeitsplätze in die Agglomeration.

Der Zürcher Mindestlohn wäre weder an Leistung noch an Aus- und Weiterbildung gekoppelt. Es sollen einfach alle Arbeitnehmer und Arbeitgeber über einen Kamm geschoren werden. *Përparim Avdili*, Präsident der FDP Zürich, sagt es deutlich: «Ein solches Lohndiktat zerstört die erfolgreiche Sozialpartnerschaft, vertreibt Gewerbe und Arbeitsplätze aus der Stadt Zürich und heizt die Preise an.» Mindestlöhne sind grundsätzlich falsch. Aber je höher der Mindestlohn angesetzt ist, desto negativer sind die Auswirkungen. Während das reiche Basel einen Mindestlohn von 19 Franken beschlossen hat, will die Stadt Zürich den weltweit höchsten Mindestlohn einführen. Er liegt um einen Drittel höher als in Basel.

Auf die preistreibenden Effekte eines staatlichen Lohndiktats weist die Präsidentin der SVP der Stadt Zürich, *Camille Lothe*, hin. «Höhere Lohnkosten bedeuten für die Unternehmen auch höhere Produktionskosten. Das verteuert Produkte und Dienstleistungen.» Am Schluss zahlen die Konsumentinnen und Konsumenten den Preis. Zürich wird noch teurer. Und es ist

Medienkonferenz
Überparteiliches Komitee NEIN zum Mindestlohn
Städtische Abstimmung vom 18. Juni 2023



auch nicht im Interesse des Stadtzürcher Gewerbes, dass das Geschäft in die Agglomeration abwandert. Ein städtischer Alleingang ist zweifellos eine schlechte Idee. Unter den Preiserhöhungen leiden tiefe und mittlere Einkommen besonders stark. Tatsache ist: Der Mindestlohn nützt nur ganz Wenigen, belastet jedoch alle.

Gemäss *Nicole Barandun*, Präsidentin des Gewerbeverbandes der Stadt Zürich, steht die bewährte Sozialpartnerschaft auf dem Spiel. «Ein staatlicher Mindestlohn zerstört die Vorteile der erfolgreichen Sozialpartnerschaft. Die bewährten Lohnverhandlungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern werden vom Staat übersteuert. Die vielen Pluspunkte der Sozialpartnerschaft und von Gesamtarbeitsverträgen werden gefährdet. Dazu gehören beispielsweise Regelungen zur Frühpensionierung, Ferienregelungen, Aus- und Weiterbildungen und vieles mehr.» Besonders betroffen sind Berufseinsteiger, Niedrigqualifizierte, Arbeitssuchende und Mitarbeitende in Teilzeit.

Die Sozialpartnerschaft hat sich bewährt. Sie ist Teil des Erfolgsmodells Schweiz. Die Arbeitnehmer und Arbeitgeber legen die Höhe der Löhne gemeinsam fest. Der Staat hat in dieser Beziehung nichts zu suchen. Wenn der Staat die Löhne kontrolliert und umständlich immer wieder neu festlegt, entsteht eine grosse Bürokratie – und das zahlen wir alle.

Die negativen Auswirkungen des staatlichen Lohndiktates sind das eine. Gravierend ist jedoch, dass die Einführung eines Mindestlohns das gesetzte Ziel nicht erreicht. Ein Mindestlohn taugt nicht zur Armutsbekämpfung. Dies illustriert GLP-Gemeinderat *Ronny Siev* eindrücklich mit Zahlen. Von rund 100'000 Armutsbetroffenen im Kanton Zürich könnten nur rund sieben Prozent von einem Mindestlohn profitieren. Und was für den Kanton gilt, gilt auch für die Stadt Zürich. Die meisten Armutsbetroffenen arbeiten gar nicht oder sind zu einem höheren Lohn angestellt. «Die Stundenlöhne sagen wenig über das verfügbare Haushaltseinkommen aus.» Der staatliche Mindestlohn ist somit ein völlig ineffizientes Instrument, um die Armut zu bekämpfen. Nur wenige Armutsbetroffene werden erreicht.

Das Fazit ist klar: Die Einführung eines staatlichen Mindestlohns richtet einen grossen Schaden an. Arbeitsplätze werden aus der Stadt Zürich vertrieben. Die Preise steigen zu Lasten von allen Konsumentinnen und Konsumenten und die bewährte Sozialpartnerschaft wird zerstört. Gleichzeitig ist die Einführung eines städtischen Mindestlohns völlig ungeeignet für die Armutsbekämpfung.

Deshalb sagen wir klar Nein zu einem staatlichen Lohndiktat.

Auskunft:

- Pärparim Avdili, 079 377 15 11
- Nicole Barandun, 079 744 20 75
- Camille Lothe, 079 265 67 81
- Ronny Siev, 079 299 20 27

Medienkonferenz
Überparteiliches Komitee NEIN zum Mindestlohn
Städtische Abstimmung vom 18. Juni 2023



Staatliches Lohndiktat vertreibt Arbeitsplätze

Përparim Avdili, Gemeinderat und Präsident FDP. Die Liberalen

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Damen und Herren,
Sehr geehrte Medienschaffende

Ich begrüsse Sie ganz herzlich zur heutigen Medienkonferenz des Überparteilichen Komitees NEIN zum Mindestlohn.

Über was stimmen wir am 18. Juni ab? Der Zürcher Gemeinderat will in der Stadt Zürich einen Mindestlohn einführen. Alle Personen, die in der Stadt Zürich arbeiten, sollen in Zukunft 26 Franken in der Stunde verdienen. Beim vorgeschlagenen Mindestlohn handelt es sich um den höchsten Mindestlohn auf der ganzen Welt. Zur Einordnung: Die reiche Pharma- und Chemiestadt Basel hat einen Mindestlohn von 19 Franken eingeführt. Der Zürcher Mindestlohn soll also 30 Prozent höher sein.

Dieser staatlich garantierte Mindestlohn ist weder an Leistung noch an Aus- oder Weiterbildung gekoppelt. Es sollen einfach alle Arbeitnehmer und Arbeitgeber über einen Kamm geschoren werden. Es ist klar: Ein solches staatliches Lohndiktat zerstört die erfolgreiche Sozialpartnerschaft, vertreibt Gewerbe und Arbeitsplätze aus der Stadt Zürich und heizt die Preise an. Darum hat sich eine breite Allianz aus FDP, GLP, Die Mitte, SVP, Jungparteien, kantonalen und kommunalen Gewerbe- und Branchenverbänden dazu entschieden, das Referendum zu ergreifen.

Gemeinsam mit mir informieren Sie heute Nicole Barandun, Präsidentin des Gewerbeverbandes und Co-Präsidentin Die Mitte, Ronny Siev, grünliberaler Gemeinderat und Camille Lothe, Präsidentin der SVP Stadt Zürich über die schädlichen Auswirkungen eines staatlich diktierten Mindestlohns.

Das Erfolgsmodell Schweiz beruht ganz wesentlich auf dem liberalen Arbeitsmarkt. Zu dieser liberalen Wirtschaftsordnung gehört die Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Sie legen gemeinsam die Höhe der Löhne fest. Das ist richtig so. Denn sie kennen die jeweiligen Branchen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen am besten. Das staatliche Lohndiktat zerstört diese erfolgreiche und bewährte Sozialpartnerschaft. Nicole Barandun wird Ihnen diese Problematik näher darlegen.

Der staatliche Mindestlohn schadet nicht nur der Sozialpartnerschaft, er vertreibt auch Arbeitsplätze. Wenn die Arbeitskosten steigen, sinkt die Nachfrage nach Arbeitskräften. Um konkurrenzfähig zu bleiben, werden die Arbeitsplätze, wo immer möglich, in die Agglomeration verlagert. Die negativen Effekte eines staatlichen Lohndiktats treffen insbesondere Berufseinsteiger, Niedrigqualifizierte, Arbeitssuchende und Mitarbeitende in Teilzeit. Je höher

Medienkonferenz
Überparteiliches Komitee NEIN zum Mindestlohn
Städtische Abstimmung vom 18. Juni 2023



die Mindestlöhne angesetzt werden, desto negativer sind die Auswirkungen auf die Beschäftigung. Umso mehr Arbeitsplätze werden in die Agglomeration vertrieben.

Insgesamt nimmt das Angebot an Arbeitsplätzen in der Stadt ab, wenn Unternehmen gezwungen sind, höhere Löhne zu zahlen. Sie können weniger Mitarbeiter einstellen und bauen Arbeitsplätze ab. Auf der anderen Seite führen höhere Lohnkosten zu steigenden Preisen für die Konsumentinnen und Konsumenten führen. Das ist nicht im Interesse der schon heute teuren Stadt Zürich.

Noch zur Erinnerung: Die Stadt Zürich hat schon einmal über den Mindestlohn abgestimmt. Zürich lehnte 2014 den nationalen Mindestlohn wuchtig ab. Sämtliche Kreise der Stadt – sogar die Kreise 3,4 und 5 sagten NEIN zum nationalen Mindestlohn. Nun soll ein viel höherer Mindestlohn eingeführt werden – und dies exklusiv in der Stadt Zürich.

Das Fazit ist klar: Der schädliche Mindestlohn am 18. Juni verdient ein klares NEIN.

Medienkonferenz
Überparteiliches Komitee NEIN zum Mindestlohn
Städtische Abstimmung vom 18. Juni 2023



Mindestlöhne schaden Sozialpartnerschaft und Gewerbe

Nicole Barandun, Die Mitte, Präsidentin des Gewerbeverbands der Stadt Zürich

Es gilt das gesprochene Wort

Geschätzte Damen und Herren

Der Gewerbeverband der Stadt Zürich ist das führende, politische Sprachrohr für die KMU in der Stadt. Er setzt sich für den Gewerbe-Standort Zürich ein. Dazu gehören sowohl eine fortschrittliche Berufsbildung als auch wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen. Von einer florierenden KMU-Wirtschaft in der Stadt profitiert die Bevölkerung sowie die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Wichtiges Puzzleteil der erfolgreichen Zürcher Wirtschaft ist die Sozialpartnerschaft. Die Löhne werden zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern ausgehandelt. Diese Freiheit hat sich für beide Seiten bewährt. Es gibt keinen Grund, dass der Staat in die Beziehung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern eingreift und beginnt, die Löhne festzusetzen. Setzt die Verwaltung in Zukunft die Löhne fest, ist dies ein massiver Eingriff in die freiheitliche Wirtschaft. Besonders betroffen ist das Gewerbe.

Ein staatlicher Mindestlohn zerstört die Vorteile der erfolgreichen Sozialpartnerschaft. Die bewährten Lohnverhandlungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern werden vom Staat übersteuert. Die vielen Pluspunkte der Sozialpartnerschaft und von Gesamtarbeitsverträgen werden gefährdet. Dazu gehören beispielsweise Regelungen zur Frühpensionierung, Ferienregelungen, Aus- und Weiterbildungen und vieles mehr. Der massive Eingriff in die freiheitliche Wirtschaftsordnung zerstört die bewährte Sozialpartnerschaft. Das Lohndiktat schadet Arbeitnehmern, Arbeitgebern und damit der Stadt Zürich gleichermassen.

Der staatliche Mindestlohn schadet aber nicht nur der Sozialpartnerschaft. Er führt auch zu massiv mehr Bürokratie. Es braucht teure Kontrollmechanismen bei der Stadt. Fortlaufend müssen mit umständlichen Prozessen alle Beschäftigten und Unternehmen überprüft werden. Einmal mehr sollen Steuerzahler linke Eskapaden finanzieren, die mehr schaden als nützen.

Die staatliche Bürokratie bleibt natürlich nicht ohne Folge für die Unternehmen. Die zusätzlichen Kontrollen führen auch in den Unternehmen und Gewerbebetrieben zu erheblichem Mehraufwand. Einmal mehr! Schon heute belasten administrative Aufwände Gewerbe und Wirtschaft ganz massiv. Mittlerweile ist der Papierkrieg fast nicht mehr zu bewältigen. In hohem Masse betroffen sind gerade kleinere, inhabergeführte Betriebe. Was wettbewerbsfähige und innovative Unternehmen eigentlich bräuchten, ist ein Abbau von Bürokratie und Regulierung. Die Einführung eines Mindestlohnes geht genau in die entgegengesetzte Richtung.

Medienkonferenz
Überparteiliches Komitee NEIN zum Mindestlohn
Städtische Abstimmung vom 18. Juni 2023



Ein städtischer Mindestlohn bestraft in erster Linie alle ehrlichen und verantwortungsvollen Unternehmen. Die wirklich schwarzen Schafe lachen sich ins Fäustchen und freuen sich über die «neuen Nachteile» für die Konkurrenz, die sich an die Gesetze hält. Geradezu grotesk ist der Umstand, dass auch in Winterthur ein Mindestlohn eingeführt werden soll. Allerdings zu komplett anderen Bedingungen. Man kann sich auf ein veritables Durcheinander freuen, arbeiten doch zahlreiche Unternehmen in Zürich und Winterthur – aber auch ausserhalb dieser beiden Städte. Das alles zeigt: Der Mindestlohn ist nicht nur schädlich, er ist auch nicht praktikabel.

Es gibt noch ein weiteres, grosses Problem. Mindestlöhne führen zu einer Entwertung von Aus- und Weiterbildung. Auch dieses Thema liegt den KMU und dem Gewerbe am Herzen. Wenn man ohne Ausbildung gleich viel verdienen kann, wie mit Ausbildung, dann ist das schlicht unfair. Das staatliche Lohndiktat setzt die Berufsbildung unter Druck. Ohne Lehre fehlt die Basis für Weiterbildung und für wirtschaftlichen Erfolg. Auch der Anreiz für Weiterbildung geht verloren. Es lohnt sich beispielsweise nicht mehr Deutsch zu lernen. Das erschwert die Integration. Ein staatliches Lohndiktat bremst die Menschen aus anstatt diese weiter zu bringen.

Deshalb sagen das Gewerbe und die Mitte NEIN zum staatlich verordneten städtischen Mindestlohn.

Medienkonferenz
Überparteiliches Komitee NEIN zum Mindestlohn
Städtische Abstimmung vom 18. Juni 2023



Mindestlohn führt zu höheren Preisen

Camille Lothe, Präsidentin SVP Stadt Zürich

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Damen und Herren

Seit 30 Jahren wird die Stadt Zürich von einer linken Mehrheit regiert. In dieser Zeit hat sich Zürich zu einer Stadt entwickelt, in der es für Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen immer weniger Platz gibt. Zürich gehört zu den drei teuersten Städten der Welt. Viele Menschen können es sich schon heute nicht mehr leisten hier zu leben und ziehen weg.

Der von der linken Regierung propagierte Mindestlohn ändert daran nichts. Er führt nicht zu einer höheren Kaufkraft. Im Gegenteil: Er verteuert die Preise in der Stadt – und zwar für alle. Der Grund ist einfach: Höhere Lohnkosten bedeuten für Unternehmen auch höhere Produktionskosten. Das verteuert die Produkte und Dienstleistungen, die sie anbieten. Die höheren Preise müssen am Schluss von den Konsumentinnen und Konsumenten bezahlt werden. Alle bezahlen mehr und Zürich wird noch teurer.

Unter Preisanstiegen leiden tiefe und mittlere Einkommensklassen besonders stark. Der Mindestlohn verteuert damit die in Zürich ohnehin schon hohen Lebenskosten. Viele Menschen – insbesondere Familien – überlegen sich zweimal, ob sie noch in der Stadt leben wollen. Die von den Linken so oft geforderte Diversität und Durchmischung der Gesellschaft wird so je länger je mehr verunmöglicht.

Ein städtischer Mindestlohn eignet sich nicht zur Armutsbekämpfung. Nur vier Prozent der Arbeitnehmenden verdienen in der Stadt Zürich weniger als der vorgeschlagene Mindestlohn. Die schädlichen Auswirkungen eines staatlichen Lohndiktats spüren hingegen alle. Dazu gehören – wie schon erwähnt – steigende Preise. Aber auch eine ausufernde Bürokratie. Auch das schlägt direkt auf das Portemonnaie aller Zürcherinnen und Zürcher.

Wenn in der Stadt Zürich der vorgeschlagene Mindestlohn eingeführt wird, werden die Behörden in Zukunft die Löhne von rund 500'000 Beschäftigten in der Stadt Zürich kontrollieren müssen. Die Kosten dafür tragen alle Steuerzahlenden. Die Festlegung von Löhnen ist nicht Aufgabe des Staates. Die Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern hat sich hingegen bewährt. Arbeitgeber und Arbeitnehmer kennen ihre Branche und sind deshalb am besten in der Lage, faire Löhne auszuhandeln.

Ein staatlich verordneter Mindestlohn torpediert nicht nur die bewährte Sozialpartnerschaft. Er führt auch zu höheren Preisen für alle.

Deshalb sage ich NEIN zum staatlichen Lohndiktat!

Medienkonferenz
Überparteiliches Komitee NEIN zum Mindestlohn
Städtische Abstimmung vom 18. Juni 2023



Mindestlöhne sind ungeeignet für die Armutsbekämpfung

Ronny Siev, Gemeinderat GLP

Es gilt das gesprochene Wort

Geschätzte Damen und Herren

Wir sind uns einig. Immer weniger Leute können sich das Leben in der Stadt Zürich leisten. Ich habe deshalb grosses Verständnis für jene politische Kreise, welche den Betroffenen helfen möchten.

Allerdings sind staatliche Massnahmen nur dann zu rechtfertigen, wenn sie ihre Zielsetzungen zu einem überwiegenden Teil erreichen. Eine vollständige Zielerreichung ist zwar unwahrscheinlich, aber Massnahmen, die ihre Zielsetzung nur zu verschwindend kleinen Prozentsatz erreichen, sind kaum zu rechtfertigen. Solche Massnahmen betrachten wir als ineffizient. Und das ist beim staatlichen Mindestlohn eindeutig der Fall.

Die Befürworter eines Mindestlohns in Zürich begründen den staatlich festgesetzten Mindestlohn damit, dass er der Armutsbekämpfung diene. Doch genau dieser Zielsetzung dient der Mindestlohn kaum. Gemäss einer Schätzung der Konjunkturforschungsstelle der ETH KOF für den Kanton Zürich gibt es rund 100'000 Armutsbetroffene im ganzen Kanton. Höchstens sieben Prozent davon könnten von einem Mindestlohn profitieren. Das heisst: Zur Bekämpfung der Armut ist ein Mindestlohn völlig ungeeignet. Was für den Kanton gilt, gilt mit Sicherheit auch für die Stadt.

Der Grund ist einfach: Die Stundenlöhne sagen wenig über das verfügbare Haushaltseinkommen aus. Nur rund ein Fünftel der Armutsbetroffenen im Kanton sind Working Poor. Von Armut betroffen sind auch viele Selbstständigerwerbende, Familien oder getrenntlebende Eltern. Vier Fünftel der Armutsbetroffenen arbeiten gar nicht. Sie können also von einem Mindestlohn nicht erreicht werden. Und von den Working Poor – das heisst von all denjenigen, die arbeiten und von Armut betroffen sind – sind schon heute zwei Drittel über dem Mindestlohn angestellt. Auch sie profitieren von einem staatlichen Mindestlohn nicht. Das heisst im Kanton könnten höchstens sieben Prozent der Armutsbetroffenen von einem Mindestlohn profitieren. Und das bedeutet zudem: Der staatliche Mindestlohn ist angesichts der marginalen Wirkung für die Armutsbekämpfung gänzlich ungeeignet.

Mindestlöhne sind ineffizient, wenn es um die Armutsbekämpfung geht. Auch wenn die Befürworter das Gegenteil versprechen. Für die Bekämpfung der Armut braucht es gezielte Zuschüsse und nicht eine staatlich verordnete Giesskanne, die zudem einen grossen Schaden anrichtet. Mindestlöhne zerstören die Sozialpartnerschaft, vertreiben Arbeitsplätze und befeuern die Preise. Notabene leidet die Gesamtheit der Armutsbetroffenen unter diesen negativen Auswirkungen eines Mindestlohns ganz besonders.

Wichtig ist auch ein weiterer Punkt: Ein staatliches Lohndiktat in der Stadt Zürich fördert die

Medienkonferenz
Überparteiliches Komitee NEIN zum Mindestlohn
Städtische Abstimmung vom 18. Juni 2023



staatliche Bürokratie. Dieser letzte Punkt verdient aus meiner Sicht ein besonderes Augenmerk. Statt auf die Sozialpartner zu vertrauen, ruft ein staatlich festgesetzter Mindestlohn nach einer staatlichen Kontrollbürokratie. Bei 500'000 Beschäftigten in der Stadt bindet die Kontrolle viele Ressourcen. Zudem ist es mit der einmaligen Festsetzung des Mindestlohnes nicht getan. Für die laufende Überprüfung und die Erhöhung des Mindestlohnes braucht es einen bürokratischen Prozess, der ebenfalls viele Ressourcen bindet und der die Stadt Zürich teuer zu stehen kommt. Angesichts der bescheidenen Wirkung im Ziel ist dieser Aufwand nicht zu rechtfertigen. Ich möchte Sie an dieser Stelle daran erinnern, dass im Gegenvorschlag die Kosten für die Kontrollbürokratie auf 1,5 Millionen Franken begrenzt werden sollten. Das wurde aber von der linken Ratsmehrheit abgelehnt. Auch das ist ein Hinweis, dass die Mindestlohn-Kontrolle eine sehr teure Übung wird.

Man muss es deutlich sagen: Ein staatlicher verordneter Mindestlohn ist nicht nachhaltig. Beim staatlichen Mindestlohn handelt es sich nicht um eine gezielte sozialpolitische Massnahme. Es handelt sich vielmehr um eine Giesskanne, die nicht zu rechtfertigen ist.

Deshalb sagt die GLP Zürich NEIN zum staatlich verordneten Mindestlohn.